

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Interaktions- und krisenrelevante Trends	7
1.1 Probleme wachsender Interaktion der Politik des Staates, der Europäischen Zentralbank und der Banken	7
1.2 Die Finanzkrise als Bankenkrise	11
1.2.1 Die Politik der Deregulierung: Vorrang für freie ungezügelter Märkte	12
1.2.2 Fragilität der Finanzmärkte: Ausweitung riskanter Geschäfte	13
1.3 Die Staatsschuldenkrise als Ergebnis der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Reform- und Sparprogramme, des Wandels vom Steuer- zum Schuldenstaat sowie staatlicher Bankenhilfen	20
2 Politisch-ökonomische und politikwissenschaftliche Ansätze	25
2.1 Marktliberale und angebotspolitische Ansätze	25
2.1.1 Die Überlegenheit der Markt- und Wettbewerbs- mechanismen und der funktional beschränkte Staat	26
2.1.2 Das angebotspolitische Ordnungskonzept: Prämissen, Ziele und Instrumente	28
2.1.3 Krisenbedingte Diskreditierung marktliberaler Konzepte	30
2.2 Die Governance-Perspektive	32
2.2.1 Unterschiedliche Governance-Begriffe und Voraus- setzungen prinzipieller staatlicher Handlungsfähigkeit	33

V

2.2.2	Das Verständnis vom Staat als eines kooperativen Staates und Formen der Koordinierung durch Governance-Modi	35
2.2.3	Governance als Wahrnehmung von Verflechtungen und Interdependenzen und kritische Würdigung dieser Sichtweise	36
2.3	Der Ansatz des Intergouvernementalismus (IG)	39
2.3.1	Der realistische Intergouvernementalismus	39
2.3.2	Der liberale Intergouvernementalismus	39
2.3.3	Stärkung intergouvernementalen Regierens und zunehmende Asymmetrie	41
3	Neuorientierung der Regulierungspolitik	47
	Die Beispiele neuer Regelungen in Deutschland, des Dodd-Frank-Gesetzes in den USA und der Baseler Kapital- anforderungen an die Banken	
3.1	Deutschland als Vorreiter neuer Regelungen für strengere Kredit- verbriefung und verstärkte Kapitalausstattung	47
3.2	Die USA als Vorbild für die Regulierung der Finanzmärkte: Das Dodd-Frank-Gesetz	50
3.2.1	Die Begrenzung von Spekulationsgeschäften	51
3.2.2	Die unangetastete Rolle der Ratingagenturen	52
3.2.3	Verzicht auf eine Bankenabgabe	52
3.3	Die Weiterentwicklung von Basel II zu Basel III: Vor- und Nach- teile höherer Eigenkapitalanforderungen an die Banken	54
4	Die Politik der Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum	61
4.1	Das erste Hilfspaket für Griechenland vom Mai 2010	62
4.2	Das Euro-Rettungspaket vom Mai 2010 und das „Europäische Semester“ vom Juni 2010	62
4.3	Die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 24./25. März 2011	64
4.3.1	Sondierungsgespräche über schärfere Sanktionen, private Gläubigerbeteiligung und einen dauerhaften Rettungsfonds . .	64
4.3.2	Der befristete Fonds Europäische Finanz- Stabilisierungs-Fazilität (EFSF) und der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	68
4.3.3	Der „Euro-Plus-Pakt“ und die Kritik an der europäischen Wirtschaftsregierung	70
4.3.4	Der Stabilitätspakt, die Vorgaben des Europäischen Semesters und die Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts	77

4.4 Die Einigung des Brüsseler Euro-Sondergipfels vom 21. Juli 2011 und ihre kritische Würdigung	84
4.4.1 Zweites Hilfspaket für Griechenland	84
4.4.2 Beteiligung privater Gläubiger an den Sanierungskosten Griechenlands	86
4.4.3 Erweiterte Aufgaben und Zuständigkeiten der befristeten EFSF und des dauerhaften ESM	89
4.4.4 Das neue Regime der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte	94
4.5 Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU zum Fiskalpakt und der Eurostaaten zum ESM vom 9.12.2011	96
4.5.1 Kompromissfindung auf der Grundlage konträrer deutsch-französischer Ausgangspositionen	98
4.5.2 Die Gipfelbeschlüsse im Einzelnen	99
4.5.3 Der Fiskalpakt und der ESM als zwischenstaatliche Verträge in der Kritik	105
4.6 Das zweite und dritte Hilfspaket für Griechenland vom Februar 2012 und vom August 2015	114
4.6.1 Die Einigung der Euro-Finanzminister und die Neuausrichtung der griechischen Politik nach den Wahlen	116
4.6.2 Stärkere Beteiligung der EZB als öffentlichen Gläubigers an der Schuldenreduzierung Griechenlands	119
4.6.3 Die Billigung des zweiten Hilfspakets für Griechenland durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Vorbehalte gegenüber einem dritten Rettungspaket	123
4.6.4 Kontroversen über die Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms und den Umfang des Spar- und Reformprogramms nach den Wahlen im Jahr 2015	124
4.6.5 Möglichkeiten und Gefahren eines Grexits, eines Schuldenschnitts und einer Umschuldung	129
4.6.6 Die Einigung auf technischer Ebene vom 11.8.2015 und die politischen Kontroversen über die Umsetzung	133
4.7 Die Ergebnisse des EZB-Stresstests, die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der Eurozone und die Einigung der EU-Finanzminister zur Bankenunion	138
4.7.1 Chancen und Risiken des EZB-Stresstests	139
4.7.2 Die europäische Bankenunion: Bankenaufsicht, Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus sowie Einlagensicherungsfonds	142

4.7.3 Umstrittene direkte ESM-Hilfen für Banken als wichtiger Schritt zum Aufbau einer Bankenunion	155
4.8 Die Kritik an der Euro-Rettungspolitik und die Kontroversen um die Transfer- und Haftungsunion	158
4.8.1 Partiiell gescheiterte Euro-Rettungspolitik: Staatsschuldenfixierte, bedingungsabhängige, nachfrageseitige, wechsellkursbedingte Gründe und angebotsorientierte Krisenverschärfung	159
4.8.2 Legitimations-, akzeptanz- und verteilungsrelevante sowie asymmetrieverstärkende Kritikpunkte	162
4.8.3 Die Entwicklung zur Transfer- und Haftungsgemeinschaft im Widerstreit	173
5 Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und ihre Risiken	179
5.1 Die kriseninduzierte Mengentender-Politik	180
5.2 Schulden und Forderungen der nationalen Notenbanken im Euro-System (Target 2-System)	181
5.3 Das Anleihenankaufprogramm der EZB: Outright Monetary Transactions (OMT)	185
5.3.1 Ziele und Maßnahmen des OMT-Programms	185
5.3.2 Die Kritik an der Wirkungslosigkeit der Maßnahmen und der Verteilung der Risiken	188
5.3.3 Die Einschränkung der Unabhängigkeit der EZB, die Mandatsüberschreitung und die Demokratiegefährdung	190
6 Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs zur Europapolitik und Euro-Rettungspolitik	193
6.1 Das Lissabon-Urteil vom 30.6.2009	196
6.2 Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Griechenlandhilfe und zum Euro-Rettungsschirm vom 7.9.2011 sowie zu den Beteiligungsrechten des Bundestags/EFSF vom 28.2.2012	199
6.3 Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum ESM-Vertrag und Fiskalpakt	201
6.3.1 Der ESM-Vertrag in der Kritik	201
6.3.2 Ablehnung einer einstweilige Anordnung gegen die Ratifizierung des ESM-Vertrags am 12.9.2012	204

6.3.3	Strengere defizitrelevante Obergrenzen durch den Fiskalvertrag	206
6.3.4	Endgültige Abweisung der Verfassungsbeschwerden und Organstreitverfahren gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt	207
6.4	Mündliche Verhandlungen im Hauptsacheverfahren ESM/EZB vor dem Bundesverfassungsgericht und Urteilsverkündung	209
6.4.1	Unterschiedliche Positionen zum EZB-Staatsanleihen-ankauf in den Verhandlungen vom 11./12.6.2013	210
6.4.2	Urteilsverkündung und Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union vom 7.2.2014	214
6.5	Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihenankauf der EZB vom Juni 2015 und vom Juni 2016	217
7	Empirischer Befund	221
7.1	Die prekäre Verknüpfung der Politik des Staates und der EZB mit der Geschäftspolitik der Banken	222
7.2	Die Defizite angebotsorientierter Politikansätze: das Versagen der Akteure des Finanzsektors und der Politik	223
7.3	Ambivalente Aussagekraft der Governance-Perspektive	225
7.4	Krisenbedingte Vitalisierung der These des Inter-gouvernementalismus	226
7.5	Kennzeichen der Politik der Krisenbewältigung der Regierungen der Eurostaaten und der Europäischen Zentralbank	230
7.5.1	Nicht strikt regulierungsverschärfend	231
7.5.2	Risikobehaftet, unkalkulierbar und partiell gescheitert	232
7.5.3	Exklusiv, exekutiv und hierarchieverschärfend	234
7.5.4	Legitimations- und akzeptanzdefizitär, asymmetrie-verstärkend und verteilungsproblematisch	235
7.5.5	Haftungs- und transferausweitend bis haftungsbodenlos	237
7.5.6	Konditional	238
	Literatur	239
	Internetadressen	273